



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/271 - 24.11.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Rechterruck in der FDP	S. 1
Eisenhowers Ratgeber	S. 3
Amerikaner bauen Westwall	S. 5
Die Krankheit des Herrn Hallstein	S. 7

Ohne Programm auf deutsch-nationalen Kurs

Bad Ems bestätigte Rechterruck Bonner Koalitionsparteien

(sp) Die hinter Middelhaufe und seinem "Deutschen Programm" stehenden Landesverbände haben sich auf dem Emsor FDP-Parteitag durchgesetzt. Daran kann keiner der in den nächstlichen Vorstandssitzungen ausgehandelten Kompromisse etwas ändern. Mit Delegationen, deren Stärke und Zusammensetzung angefochten wurde, haben die nationalen Sammler die Preise bei diesem Handel diktiert. Vizekanzler Blücher trat mit seiner Haltung während der Emsor Anseinandersetzungen praktisch bereits zur neuen Firma über.

Und Justizminister Dohler nahm als eine Art Makler die Interessen der Angeber des neuen Tones wahr, mit deren Grundhaltung er sich bald völlig identifizieren wird. Daran, dass die FDP keine liberale Partei mehr ist und nicht einmal die Ausführung einer Verfassungsbestimmung für die FDP ein Grund ist, einen Antrag für die Gleichberechtigung von Mann und Frau zuzustimmen, wird sich der Herr Minister um so leichter gewöhnen, als auch er es - wie seine Reden bewiesen - nicht mehr ernst mit dem Liberalismus und der Verfassung nimmt. Wie sonst wäre es zu erklären, dass ein Justizminister dem Verfassungsgericht parteipolitische Abhängigkeit unterstellt, den Gewerkschaften jede soziale Leistung abspricht, den politischen Gegner diffamiert, für "das Reich" zu Felde zieht und auf eine Zeit hofft, "in der auch Wien und Öster-

reich wieder eine Aufgabe haben".

Ein Programm hat die FDP nicht, Offiziell sollen zwar das Deutsche Programm, das Liberale Manifest und die Rede Blüchers Grundlagen eines solchen Programms werden, aber dann müsste in jene Schriftstücke erst etwas hineingeschrieben werden. Die Phrasen des Deutschen Programms - wie "neues Denken", "entschlossenes Handeln" - können, mit der Forderung nach einer ständisch gegliederten Führungsdemokratie, in keinem Fall zu einem Parteiprogramm führen. Die Allgemeinheiten, in denen sich Blücher gefiel, können es auch nicht. Was sich der Vizekanzler in seinem Schlusswort an Stilblüten erlaubte, ist kaum zu fassen. Da sagte er z.B.: "Wir werden in den nächsten Monaten mehr oder weniger Selbstmord begehen müssen..." (Wovon wir bei der FDP überzeugt sind). Das präziseste Wort in Blüchers Hauptreferat war die Forderung nach "einer neuen sozialen Gesinnung". Was er oder die FDP darunter verstehen, blieb ungewiss, wenn man es sich auch vorstellen kann. Aber eine "zur nationalen Sammlung angetretene Partei" will auch kein Programm. Sie marschiert und macht Musik - oder Lärm und hofft, damit die Wahlen zu gewinnen. Der bis zum Überdruß verschwenderische Verbrauch von Worten wie "Reich" und "deutsch" und immer wiederkehrende Parolen wie "antisozialistisch, antiklerikalistisch", gehören zu dieser Wortmusik, mit der die FDP versuchen wird, jede ernste Frage nach ihrem eigentlichen Programm zu übertönen.

Dass Schäfer noch zweiter Vorsitzender blieb und dass Reinhold Maier nicht aufgefordert wurde, aus der Stuttgarter Regierung auszutreten, hat den simplen Grund darin, dass die FDP eine Zeit lang noch den Anschein erwecken möchte, auch liberal, auch demokratisch und auch schwarz-rot-gold im Sinne des Grundgesetzes zu sein. Spätestens in einem Jahr werden die nun in der Minderheit stehenden Liberalen zu den Opfern der nationalen Sammlung gehören, wenn sie nicht vorher die Konsequenzen aus dem Ende der 1948 in Heppenheim gegründeten FDP ziehen. Dass Leuze im Südwesten seinen sogenannten Landesverband auflöst, ist kein Erfolg Maiers; denn der in den Parteivorstand gewählte Leuze ist nun im Südwesten der Stosstruppführer Mittelhauves. Gegenüber einem Pressevertreter sagte es Leuze dann auch sehr offen, dass es natürlich sein Ziel sei, eines Tages den ganzen Landesverband Baden-Württemberg zu übernehmen.

Für die Deutsche Partei dürfte Bad Ems eine Verstärkung der Konkurrenz im Wählerbereich der ewigen Deutschnationalen und Nationalsozialisten sein. Denn im Vergleich zu den Herren Seebohm und Derichsweiler besitzt die Gruppe, die sich da in Nordrhein-Westfalen mit Hilfe der Seebels-Propagandisten und der Spenden der Industrie zur stärksten Delegation auf dem FDP-Parteitag hochpäpeln liess, erheblich mehr Anziehungskraft. Herr von Rechenberg rühmt nicht nur die Klugheit Fritzsches, seine Freunde haben sich längst die Mitarbeit des Propagandisten des totalen Krieges gesichert. Aber sehr wahrscheinlich werden die in Ems erfolgreichen Verkünder der "Pflicht nach rechts" selbst am besten dazu beitragen, den Deutschen die Gefahr von rechts bewusster werden zu lassen, als es bisher vielleicht geschah. So negativ die Wirkungen des Emser Parteitages für die staatspolitische Entwicklung in der Bundesrepublik sein mögen, er hat doch Klarheit darüber geschaffen, dass es in der FDP kaum noch Liberalismus und nur noch wenig Demokratie gibt.

Eisenhowers Minister sind ein Programm

Von unserem -tt-Mitarbeiter

Keiner der drei ersten Minister der neuen republikanischen USA-Regierung ist ein ausgesprochener "Europa-Mann", das ist das wichtigste Ergebnis aller Überlegungen aus europäischer Sicht über die frühzeitige Entscheidung Eisenhowers. Das gilt, auch wenn man einräumt, dass die Meinung, der neue Außenminister John Foster Dulles sei ein "Ostasien-Mann", nicht richtig ist. Der 64jährige Presbyterianer ist zwar als der Manager des japanisch-amerikanischen Friedensvertrages ein politischer Weltbegriff geworden und er vor allem hatte sich gegen die Räumung Südkoreas ausgesprochen. Aber er ist als Gründungsdelegierter der UNO und als Berater aller demokratischen Staatssekretäre auf den grossen Außenminister-Konferenzen genau über die europäischen Verhältnisse unterrichtet und an Entscheidungen mitbeteiligt, die die europäische Entwicklung massgebend beeinflusst haben. Andererseits darf nicht übersehen werden, dass John Foster Dulles ganz konkrete eigene Vorstellungen über eine amerikanische Europa-Politik hat.

Die Tatsache, dass sich das von Dulles ausgearbeitete aussenpolitische Programm der Republikaner ganz entschieden gegen die bisherige "Beschwichtigungspolitik" Washingtons (Hauptvertreter George F. Kennan) gegenüber den Sowjets wendet, darf aber nicht zu falschen Schlüssen über seine Einstellung zu bestimmten europäischen Staaten verführen. Dulles ist beispielsweise viel positiver zu Frankreich eingestellt, als das etwa in der bisherigen Aussenpolitik Washingtons zum Ausdruck gekommen ist. Vielleicht wird sich das auch in der geplanten Reform des technischen Apparates des Department of State dokumentieren, die an die Stelle der bisherigen Aufgliederung nach Länder eine regionale Organisation setzen will, die u.a. Osteuropa oder den Nahen Osten als eine aussenpolitische Einheit sieht und behandelt. Die notwendige Folge dürfte die Einrichtung von sogenannten "Oberbotschaften" für die einzelnen Regionen sein, wobei die Wahl des "Vorortes" natürlich zugleich eine gewisse politische Entscheidung über die Zubilligung des Schwergewichts bedeutet.

Die Berufung von Dulles, der als der Mann der breiten republikanischen Mitte angesehen werden muss, steht im engen Zusammenhang mit der Wahl des neuen Verteidigungsministers Charles Erwin Wilson, des Präsidenten des grössten wirtschaftlichen Unternehmens der Welt, der General Motors Company. Der 62jährige Industriekapitän, den man nicht mit dem ehemaligen Leiter des Amtes für Verteidigungsmobilisierung und Präsidenten der General Electric, Charles Edward Wilson, verwechseln darf, ist überzeugter Republikaner und stand mit seinem ganzen Gewicht hinter der

Wahl Eisenhowers. Seine Berufung steht in innigster Beziehung zu der von Dulles.

Auch hier ist der Wortlaut des republikanischen Wahlprogramms, der "Plattform" von Chicago, richtig. Wilson, von dem man vor allem eine energische wirtschaftliche und finanzielle Führung seines Ressorts erwartet, wird dafür sorgen, dass die amerikanische Rüstungsproduktion den Staaten der NATO und der angeschlossenen Verteidigungspakte insbesondere Heeresmaterial in genügender Menge liefern kann. Dieses Ziel verlangt die Bereitstellung der benötigten Arbeitskräfte, und diese Forderung wiederum lässt sich nicht vereinbaren mit einer weiteren Erhöhung der amerikanischen Übersee- und Lufttruppen. Es kann sogar angenommen werden, dass sich die Zahl dieser Verbände verringern wird, damit Wilson seine Aufgabe bewältigen kann. Die Konsequenz für die Staaten der NATO und der angeschlossenen Verteidigungspakte liegen klar auf der Hand. Ähnlich dürften sich die Verhältnisse im Fernen Osten entwickeln. In diesem Zusammenhang ist die Parallele gewisser amerikanischer Vorstellungen interessant, die in Westeuropa die Bundesrepublik und in Ostasien Japan betreffen. Dies Bild rundet sich, wenn man daran denkt, dass mit der Ablösung des Heeresgenerals Omar M. Bradley als USA-Stabschef durch Admiral Fichtelner gerechnet werden kann.

Der dritte neue Mann, den Eisenhower in sein Kern-Kabinetts berufen hat, der 59jährige Innenminister und bisherige Gouverneur von Oregon, Douglas McKay, ist für unsere Betrachtung relativ uninteressant. Auch er gehört zu dem Kreis der Männer, denen Eisenhower verpflichtet ist, weil sie sich von Anfang an mit aller Aktivität für ihn geschlagen haben. Er ist vor allem Landgewinnungs- und Bodenkonservierungs-Fachmann. Dass man gerade ihn zum Innenminister einer Regierung gemacht hat, die nach dem Programm ihrer Partei verpflichtet ist, "Bundes-Experimente" in der Art des Tennessee-Tal-Plans nicht mehr durchzuführen, gehört in die Reihe jener optischen Abschirmungsmaßnahmen, die auch andere Regierungen lieben. Das Programm selbst wird dadurch kaum ernsthaft berührt werden.

+ + +

Das Sternenbanner flattert am Westwall

Noch sind im ehemaligen Westwallgebiet, von Zweibrücken und Pirmasens über Kaiserslautern und dem Truppenübungsplatz Baumholder bis fast vor die Tore von Trier, die Spuren der vor fünfzehn Jahren angelegten Festungswerke nicht verschwunden, da ist dieser Streifen deutsches Grenzland schon wieder Grossbaustelle für militärische Anlagen geworden. Diesmal sind es die Amerikaner und ihr Sternenbanner flattert nach nunmehr zweijähriger Bautätigkeit an vielen Stellen lustig und unbekümmert im Wind.

Es war kurz nach dem Ausbruch des Koreakrieges, als die amerikanischen Militäraktiker ihre Liebe zu diesem früher so idyllischen Landstrich entdeckten. Die Mittellage zwischen Hunsrück und Vogesen, zwischen Rhein und Saar schien ihnen gerade geeignet, die Versorgungs- und Luftbasen ihrer verstärkten Streitkräfte in Deutschland aufzunehmen. Seitdem schiessen von Woche zu Woche neue Wohnungsgrossblocks, Kasernen, Vorrats- und Verwaltungsgebäude wie Pilze aus dem Boden, während der Wald, die Lunge des Landes unter den Motorsägen reiheweise niedersinkt und wertvolles Kulturland durch die knirschenden Ketten der grossen Planierungsmaschinen sich in tablettglatte Rollbahnen für mehr als ein Dutzend Flugplätze verwandelt.

Neue Städte wachsen mit Milliarden

Über den Umfang der verschiedenen Bauvorhaben gibt es nur einzelne Angaben, da man bei "Rheine Military Post", dem amerikanischen Hauptquartier und obersten Bauherren, natürlich auf solche Fragen nur die Achseln zuckt. Aber auch Teilzahlen sind schon aufschlussreich genug: Bei Kaiserslautern stehen in einer gesonderten "Stadt" bereits über 200 Wohnblocks mit je 12 bis 18 Wohnungen und der ganze Komplex, der einschliesslich Strassen, Anlagen, Kanalisation, Schulen, Sportstadion und vielen anderen mehr aus dem Boden gestampft wurde, ist noch immer im Wachsen. Im ganzen Landkreis Birkenfeld allein (zu dem Truppenübungsplatz Baumholder gehört) sind 13 000 Hektar Land beschlagnahmt, ein Sechstel des ganzen, nicht kleinen Kreisgebietes. Über die Finanzierung gibt es allerdings heute genau so wenig Klarheit wie vor einem Jahr. Jeder die 1951 angeblich verbaute eine Milliarde \$ noch die für dieses Jahr genannten 1.7 Milliarden \$ hatte jemand den Mut zu bestätigen. Man lächelte nur und schwieg sich aus. Aber es soll nicht alles aus Schäffers anscheinend unerschöpflichem Geldsack kommen, auch das Budget des US-Verteidigungsministeriums und einige "sonstige Quellen" sollen beteiligt sein. "Im übrigen ist dafür Bonn zuständig. Vielleicht können Sie dort Auskunft bekommen", sagt man.

Ein Lied unserer Zeit

Aber nicht nur grossflächige Erd- und Bauarbeiten, meilenweite Lichterketten, die mit tausenden von Lampen die Nächte eindrucksvoll erhellen, und bis in die untersten Packungen zerstörte Strassen zeugen von dem Geschehen, das sich so nachhaltig in die Züge dieser Landschaft eingräbt. Auch die Bevölkerung und Tausende von legal und

illegal Zugezogenen können ein Lied dieser Zeitepoche singen. Da sind die Männer, die bei den Bauarbeiten einen sehr löhnenden Verdienst gefunden haben, 600 bis 800 Mark tragen sie oft im Monat nach Hause oder in die Kneipen. Arbeitsrecht wird zwar klein geschrieben, verdient aber wird viel und ausgegeben noch mehr. Da sind die Familien, deren Höfe und Äcker enteignet wurden. Grossenteils wurden sie recht anständig abgefunden und nicht wenige von ihnen sind jetzt Baustellenhändler, Wirte oder Bauarbeiter. Aber sie sind "entwurzelt". Einige hundert etwa. Da sind die "Veronikas", unausbleibliche Begleiterscheinungen in der Nähe grosser Kasernen oder grosser Baustellen. Anmeldefristen wurden verkürzt, Ausweisungen am laufenden Band ausgesprochen, Einweisungen ins Arbeitshaus bei wiederholt aufgegriffenen verfügt. Trotzdem sind sie da. Und sie verdienen gut. Sie und die jugendlichen Arbeiter beschäftigten dieser Tage sogar einen Bundestagsausschuss, der mehrere Tage lang die Verhältnisse begutachtete. Denn die Gefahren sind gross und die Mittel sorgenvoller Landräte gering. Und trotzdem müssten Tausende von Jugendlichen vor dem Sumpf bewahrt und gegen Versuchungen immun gemacht werden.

Skandal um Millionen

Die jüngsten Aufregungen in diesem an Problemen so reichen Gebiet verursacht ein grosser Bauschiebungsskandal, der kürzlich aufgedeckt und zurzeit noch untersucht wird. Amerikanische Unternehmer, deutsche Unternehmer, amerikanische Offiziere, deutsche Angestellte - der Bogen der Betroffenen ist weit gespannt und entspricht den Millionensummen, die im Hintergrund stehen. Ursachen? Vergabung von Millionenaufträgen quasi über Nacht, Einschaltung von Generalbauunternehmern ohne entsprechende Prüfung der Qualifikation, erbitterte Konkurrenzen unter kleinen und mittleren Unternehmern, die sich zu "Bautigern" ausgewachsen haben, und die ganze Atmosphäre eines Winkels, in dem mehr oder weniger unkontrollierte Ausgabe von Millionen und Milliarden das "Kennen nach dem Gold" in aller Brutalität erzeugt.

Die Spuren bleiben

Die Kinderkrankheiten werden vergehen, die Arbeiter und die "Veronikas" wieder verschwinden, die Prozesse einmal abgeschlossen sein. Was bleibt, werden dann Tausende von Wohnungen, Dutzende von Flugplätzen und neuen Siedlungen sein, in denen Tausende oder Zehntausende von Soldaten mit den dazugehörigen Waffen ein nicht zu überschendes Rüstungspotential darstellen. Ob sie kriegsverhütend gewirkt haben, müssen spätere Generationen feststellen. Die Spuren im Lande werden auf jeden Fall sichtbar bleiben.

+ + +

Die Krankheit des Herrn von Hallstein

(sp) Es wird sich recht bald herausstellen, ob die Krankheit des Staatssekretärs Hallstein taktisch-politischer oder physischer Natur ist. Ein Furunkel an der Nase soll sich, laut Bekanntmachung des Bundespresseamtes, zu einer Stirnhöhlenvereiterung erweitert haben. Das ist sehr bedauerlich, und wie schwer davon das Bundeskabinett betroffen wurde, zeigt sein Ersuchen an das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, seine für diese Woche vorgesehenen Verhandlungen über das Vertragsgutachten auf unbestimmte Zeit zu verschieben - zumindest solange, bis Herr Hallstein wieder im Vollbesitz seiner körperlichen Kräfte ist.

Das Bundesverfassungsgericht hat diesem Ersuchen überraschend schnell entsprochen. Es steht noch nicht fest, wie die Entscheidung zustande kam. Die Antwort auf das Telegramm, das Erich Ollenbauer nach Karlsruhe sandte, dürfte darüber Aufklärung bringen. Sei dem wie dem sei: Jedenfalls glaubt der Vorsitzende des BVG, Höpker-Aschoff, nicht ohne den kenntnisreichen Herrn Hallstein als berufenen Vertreter der Regierung auskommen zu können.

Was für das Bundesverfassungsgericht recht ist, müsste für den Bundestag auchbillig sein. Herr Hallstein kennt nach Meinung der Koalition wie kein anderer auf der Regierungsbank den Text und die Bedeutung der Vertragswerke. Er hat, wie seinerzeit bei der Verabschiedung des Schumanplanes, auch bei der zweiten und dritten Lesung der Westverträge dem Bundestag Rede und Antwort zu stehen. Seine Krankheit müsste, sofern das Kabinett sich und seine Bitte an Karlsruhe ernst und gewichtig nimmt, die Regierung bewegen, bis zur Wiederherstellung der Gesundheit Hallsteins von einer zweiten und dritten Lesung in der ersten Dezemberwoche Abstand zu nehmen. Die diese Woche fällige Debatte über die endgültige Terminfestsetzung wird zeigen, ob die Regierung die Krankheit ihres Staatssekretärs nur aus politischen Gründen vorschütze, um dem Spruch des Verfassungsgerichtes durch eine Ratifizierung der Verträge zuvorzukommen.

Verantwortlich: Peter Raunau